



## **Katja Keul**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecherin für Rechtspolitik und Abrüstungspolitik  
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

### **Reisebericht Parlamentariergruppe USA nach Washington und Tennessee vom 28.10-01.11.2018**

#### **Teilnehmer:**

Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) Delegationsleiter,  
Prof. Dr. Harald Weyel (AfD),  
Prof. Dr. Andrew Ullmann (FDP),  
Stephan Mayer (CDU/CSU),  
Marja-Liisa Völlers (SPD),  
Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE),  
Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen)

Die Reise wurde mitorganisiert von der Congressional Study Group on Germany, die zu dem gemeinnützigen Verein der ehemaligen Kongressabgeordneten gehört, der Former Members of Congress.

Weitere Mitveranstalter waren der American Council on Germany und die politischen Stiftungen aus Deutschland.

In den Gesprächen waren daher neben uns MdB auch Vertreter der deutschen Wirtschaft (Evonik, BASF, Volkswagen, Daimler u.a.) und Vertreter unserer Stiftungen dabei. Für die HBS war dabei Bastian Hermisson, den ich bereits aus der letzten Reise in Washington kenne. In Tennessee wurden wir außerdem begleitet vom ehemaligen Kongressabgeordneten Bob Clement.

#### **WASHINGTON 29.Oktober**

Gespräch mit den Wahlanalysten Celinda Lake, Alex Braun und Doug Usher:

Die midterm elections gelten als besonders unberechenbar. Im Senat rechnet niemand mit einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse. Im House wird es durchaus für möglich gehalten.

Zur Wahl gingen überwiegend überzeugte Parteianhänger. Es ginge daher mehr darum die eigene Basis zu motivieren als unentschlossene Wähler inhaltlich zu überzeugen.

Entscheidende Faktoren seien Frauen, Trump und Wahlbeteiligung(turn out).

Demokraten hätten die höchste Zustimmung bei unverheirateten Frauen und die Republikaner bei verheirateten Männern. Auch bei Afro-Amerikanern gäbe es eine klare Präferenz für Demokraten. Unklar seien die Präferenzen bei der Gruppe der Latinos und bei den Jüngeren Wählern.

Trumps Zustimmungswerte schwanken zwischen 40% und 45%.

Er hat es jedenfalls geschafft innerhalb von 2 Jahren die republikanische Partei geschlossen hinter sich zu bringen. Seine Anhänger gewinnen in den Primaries. Kritische Republikaner ziehen sich zurück oder verlieren.

Nach wie vor müssten Demokraten wegen der ungünstigen Wahlkreiszuschnitte mehr als 50 % der Stimmen erhalten um eine Mehrheit der Sitze zu gewinnen.

Die Themen der Demokraten seien Krankenversicherung (health care), Trumps Steuerkürzungen (Tax cut) und check and balances.

Die internationale Handelspolitik ist ein eher schwieriges Thema für die Demokraten, da sie es waren, die dem Freihandel – anders als die Republikaner - immer schon kritischer gegenüber standen und ausgerechnet Trump jetzt den Schutz der eigenen Arbeiter nach vorne stellt.

Die Themen der Republikaner seien Immigration, Anti-establishment und ansonsten eher emotional (cultural) als inhaltsbezogen.

Vorteil für die Republikaner: Trumps Wirtschaftspolitik kennt jeder und kann jeder mit wenigen plakativen Worten wiedergeben. Anders bei den Demokraten.

Das Massaker in Pittsburgh könnte Trump eher schaden, weil er nie die richtigen Worte für solche Anlässe findet.

Der Hurricane in Florida macht die Wahlen dort spannender, da nun den Demokraten sowohl bei der Wahl um den Senatorenposten als auch für den Gouverneur Chancen eingeräumt werden.

Positiv für die Demokraten wird die Rekordzahl an weiblichen Kandidatinnen bewertet, die mit 300 von 970 uns trotzdem noch nicht wirklich umhaut. Damit gäbe es aber in der Hälfte aller Wahlkreise weibliche demokratische Kandidatinnen.

### US Department of Commerce

Gespräch mit Assistant Secretary (Staatssekretär) **Michael Platt** und seinem Team: Zum Thema Handel und Wirtschaft sagt der Staatssekretär nach der Begrüßung gar nichts. Er lässt sein Team vortragen, dass die Wirtschaft boomt und auch auf Nachfragen zu den Verhandlungen mit der EU wird gemauert.

Ob deutsche Autos und Autoteile ein „security issue“ seien würde man prüfen. Es ginge darum bei Bedarf schnell handlungsfähig zu sein, um die angedrohten Zölle verhängen zu können.

Was den Amerikanern wichtig sei habe man ja gegenüber Junker am 25.Juli deutlich gemacht. Ein konstruktives inhaltliches Gespräch ist hier nicht wirklich möglich.

Gespräch mit den Büroleitern der beiden Fraktionsvorsitzenden im Capitol:

**Jonathan Burks** (Paul Ryan) und **Danny Weiss** (Nancy Pelosi) über die Chancen für überparteiliche Zusammenarbeit.

Krasser könnte der Kontrast zu dem vorangegangenen Gesprächstermin nicht sein. Hier wird offen und spannend über die parlamentarischen Verfahren und inhaltlichen Streitpunkte berichtet und Fragen beantwortet.

Es gibt eine Vielzahl interfraktioneller Arbeitsgruppen, darunter eine AG Arbeitsweise!

Dennoch wird uns klar geschildert, dass sich die ideologischen Gräben seit den 90er Jahren immer weiter vertieft haben.

Früher gab es die Regel, dass die Minderheit über 1/3 der Haushaltsmittel bestimmen und diese u.a. in ihren Wahlkreisen verteilen konnte. Das habe man wegen der Korruptionsrisiken abgeschafft. Seitdem habe aber die Minderheit keinen Anreiz mehr sich kooperativ zu verhalten.

Es gäbe nach wie vor nur einen vorläufigen Haushalt und eine Einigung ist nicht in Sicht. Es wird damit gerechnet, dass die Regierung Ende des Jahres mal wieder Ihre Beamten nach Hause schicken muss.

Der Haushalt und vor allem die 25 Mrd. Dollar für die Mauer an der mexikanischen Grenze sind die härtesten Auseinandersetzungen.

Am ehesten Interfraktionell könnten die Themen Cannabislegalisierung und Bekämpfung der Opiate diskutiert werden, weil es dort ein gemeinsames Interesse gäbe.

Was die Handelspolitik betrifft sei Paul Ryan definitiv anderer Meinung als sein Präsident.

Zum INF-Vertrag gefragt rät uns Danny Weiss dieses Thema von unserer Seite stärker zu thematisieren.

Office of the US Trade Representative (USTR)

Gespräch mit Assistant USTR **Dan Mullaney**

Der Bereich der internationalen Handelspolitik wurde vor Jahren aus dem Wirtschaftsministerium ausgegliedert und dem Präsidenten unterstellt.

Der USTR steht im Range eines Ministers und führt die Verhandlungen mit der EU.

Anders als im Department of Commerce stoßen wir hier auf geballte Kompetenz auch wenn die Meinungen sicher deutlich auseinander liegen.

Mullaney startet das Gespräch mit dem Bezug auf China. Das sei schließlich der main focus der Amerikaner. Trotzdem kommen wir schnell zu den Verhandlungen mit der EU. Er würde nicht einsehen, dass man die Landwirtschaft aus den Verhandlungen ausnehmen will.

Unserem Hinweis, dass wir (und die Vertreterin von VW!) nicht verstehen könnten, warum deutsche Autos ein Sicherheitsrisiko seien weicht er aus – dafür seien die Kollegen im Department of Commerce zuständig.

Sehr detailliert beantwortet er meine Frage nach der WTO. Man sei nicht bereit die Besetzung der Berufungskammer frei zu geben, weil man nicht zufrieden sei mit der Arbeit der WTO. Schließlich sei vereinbart worden, dass die Richter jeweils nach 7 Jahren wechseln, was sie angeblich nicht tun. Außerdem würde die vereinbarte Entscheidungsfrist von 90 Tagen nicht eingehalten. Das Gericht hätte bei der Auslegung der Normen seine Kompetenzen überschritten. So sei China bereits als Marktwirtschaft anerkannt worden, obwohl dieser Status längst nicht erreicht sei.

Bei den Stahlzöllen habe man nicht die Wahl gehabt sich nur gegen China zu wehren und hätte sich deswegen gegen alle Importeure wenden müssen.

In bilateralen Handelsverträgen würden die USA inzwischen so gut wie keine Schiedsgerichte mehr vereinbaren. Davon sei man ganz abgerückt. Er sei deshalb sehr skeptisch, ob es wirklich einen Bedarf für einen multilateralen Handelsgeschichtshof gibt.

Beim Abendessen in der Residenz von Botschafterin Emily Haber habe ich die Gelegenheit mit meinem Tischnachbarn, dem Vertreter von Daimler in den US, Jake Jones u.a. über Elektromobilität zu diskutieren. Ansonsten gibt es an diesem Abend nach der Hessenwahl mindestens so viele Fragen zur Lage in Deutschland wie umgekehrt.

### **CHATTANOOGA, 30.Oktober**

Bei Volkswagen begrüßt uns Nicole **Koesling**, zuständig für „Human Resources“ In Chattanooga hat man gerade den 10.Jahrestag von VW gefeiert. Heute werden jährlich 112.000 Fahrzeuge gefertigt, 700 am Tag.

3.200 Mitarbeiter würden bei VW direkt arbeiten (dabei wurden wohl allerdings die Leiharbeiter mit gerechnet) und 20.000 Jobs seien bei Zulieferern in der Region geschaffen worden. Früher habe es in der Region 25 % Arbeitslosigkeit gegeben.

Wir besichtigen zunächst die VW Academy, die aus 5 großzügigen Hallen bestehen und vom Staat Tennessee subventioniert wurde. Wir sind alle etwas irritiert über die großen leeren Hallen in Anbetracht der Tatsache, dass gerade einmal 12 Azubis pro Jahrgang, also 36 hier ausgebildet werden. Es soll aber auch Weiterbildungsmaßnahmen geben.

Was wir sehen ist eine Gruppe neuer Leiharbeiter, die an einem Übungslaufband eingewiesen werden. Jeder muss zunächst bei einem Leiharbeiter anfangen, um später von VW übernommen zu werden. Niemand wird gleich direkt eingestellt.

Die Einführung einer Ausbildung nach dem deutschen dualen System ist für die US neu und ungewohnt. Zum Abschluss gibt es eine Anerkennungsurkunde der

IHK, die zumindest auch von anderen VW Standorten und auch von anderen deutschen Automobilherstellern in den USA anerkannt wird.

Bis vor kurzem haben die Azubis keine Ausbildungsvergütung erhalten während der Schulzeiten. Aus US-Sicht ist es schließlich großzügig, dass für die Ausbildung nicht bezahlt werden muss. Außerdem gab es zumindest für die betrieblichen Ausbildungszeiten eine Vergütung, was ebenfalls sehr gelobt wurde. Für den Lebensunterhalt mussten die Azubis bislang nebenher arbeiten. Da aus diesem Grund allerdings viele überfordert waren und bei Prüfungen durchfielen, habe man sich jetzt entschlossen eine durchgehende Vergütung zu zahlen.

Im Gespräch mit drei ausgesuchten Azubis erfahren wir auf Nachfrage, dass VW keine Krankenversicherung für sie vorhält.

Chattanooga ist eine Region mit der geringsten Gewerkschaftspräsenz. Die Lokalpolitik drängt darauf keine Gewerkschaften zuzulassen.

Bei einer Abstimmung hatte sich vor einer Weile ein Teil der Belegschaft mehrheitlich für die Gewerkschaft ausgesprochen. Dennoch hat VW diese abgelehnt und wird jetzt von der Gewerkschaft verklagt.

Wie überall in den USA gibt es weder Kündigungsschutz noch Kündigungsfristen. VW bietet allerdings eine Krankenversicherung an mit der zumindest verhindert wird, dass Mitarbeiter bei Krankheit umgehend gekündigt werden.

Nach der Besichtigung der Academy treffen wir den örtlichen Abgeordneten der Republikaner, **Chuck Fleischmann**, der an diesem Tage viel telefonieren musste, weil sich der Präsident für einen Wahlkreisbesuch am Wochenende angekündigt hat.

Chattanooga liegt an der Grenze zu Georgia und zu Alabama, so dass es sich für einen überregional wirkenden Wahlkampfauftritt lohnt.

Fleischmann gilt als ultrakonservativ und ist Anhänger des Präsidenten.

Er kriegt klare Worte von der VW Repräsentantin Anna Schneider zu hören, die ihm deutlich macht welche wirtschaftlichen Auswirkungen die Zollpolitik seines Präsidenten für den VW Standort in seinem Wahlkreis haben wird.

Auch der BASF Vertreter nutzt die Gelegenheit deutlich zu machen, was Zölle für den Wirtschaftsstandort USA im Hinblick auf die Chemieindustrie bedeuten könnte.

Ich erlaube mir dann noch abschließend den Hinweis, dass wir Volksvertreter vor dem Hintergrund der engen deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht wirklich verstehen könnten, warum ausgerechnet deutsche Autos ein Sicherheitsrisiko sein sollen.

Das Gespräch ist ein Highlight der Reise, weil hier Weltpolitik deutlich formuliert und direkt in Richtung des Präsidenten selbst kommuniziert werden konnte.

Währenddessen sitzen im Hintergrund immer noch die drei ausgesuchten Azubis, die uns vorher die Vorzüge ihrer Ausbildung schildern durften. Was sie dabei

noch zu hören bekommen dürfte bislang nicht Teil ihrer Ausbildung gewesen sein.

Was man aber bei aller Solidarität mit der deutschen Wirtschaft leider zugunsten von Trump nicht übersehen kann ist, dass das neue Handelsabkommen mit Mexiko und Kanada vorsieht, dass mindestens 40 % der Zulieferungen aus Nordamerika aus einem Hochlohnland kommen müssen. Da VW aber in größerem Maße im Niedriglohnland Mexiko produziert drohen Strafzölle auf die entsprechenden Autoteile von 2,5 %.

Fleischmann weist wegen des Sicherheitsrisikos durch deutsche Autos erstaunlicherweise auf das Beispiel Nuklearwaffen hin. Dass man die Urananreicherung aufgegeben habe und nun von anderen Nationen wie Frankreich und Russland abhängig sei, sei schließlich auch ein Sicherheitsrisiko geworden. Deswegen würde man nun wieder Zentrifugen zur Urananreicherung im eigenen Land aufbauen. Eine interessante Antwort, auch wenn ich den Bezug zu den deutschen Autos etwas gewagt fand.

Abschließend besichtigen wir die Fertigungshallen.

VW ist stolz darauf gerade einen environmental excellence Award erhalten zu haben.

Sie hätten den größten Solarpark der Region und große Teile des Moores auf dem ehemaligen militärischen Testgelände seien wieder vernässt. (Meppen lässt grüßen!)

Mit Solarenergie könnten 12% des Bedarfs der Fabrik gedeckt werden. Bei Stillstand der Fabrik sogar 100%. Ich bin nicht wirklich überzeugt, ob das nicht noch besser geht.

Fakt ist, dass die Modelle, die VW in den USA fabriziert alles verkörpern, was gegen Ressourceneffizienz spricht: SUV, so groß und so breit es irgendwie geht.

Bei unserer Abfahrt mit dem Reisebus Richtung Nashville wird es dann fast noch kitschig: vor dem Werkseingang sitzt doch tatsächlich ein Bio-Bauer-Paar mit seinem Gemüsestand und verkauft den ArbeiterInnen während des Schichtwechsels Gemüse und Obst aus der Region! Und die Arbeiter tragen Schirmmützen auf denen neben der US Flagge auch die deutsche Flagge zu sehen ist!

## **NASHVILLE, 31.Oktober**

Gespräch zur Lage vor den Wahlen mit

John Geer ( University Vanderbilt) und Erik Schelzig ( Journalist0

Tennessee ist seit den 90er Jahren eine Hochburg der Republikaner. Von den 9 Abgeordneten im House sind nur 2 Demokraten aus den beiden Urbanen Zentren Nashville und Memphis. Hieran würde sich voraussichtlich auch nichts ändern.

Auch die Wahl zum Gouverneur würde mit Sicherheit der Kandidat der Republikaner gegen den demokratischen Bürgermeister von Nashville gewinnen.

Spannend sei allerdings der Kampf um den Senat. Der bisherige Senator Bob Corcoran hört auf. Um seine Nachfolge bewerben sich die radikale Tea Party Anhängerin **Marsha Blackburn** (bisherige Kongressabgeordnete) und der Demokrat **Phil Bredesen**.

Bredesen ist ein langjähriger und beliebter Politiker, der von 91-99 Bürgermeister von Nashville und danach bis 2013 Gouverneur von Tennessee war. Er gilt als sachlicher bodenständiger und integrierender Kandidat. Nur deshalb werden ihm überhaupt Chancen eingeräumt. Die Gegenkandidatin ist wegen ihrer Radikalität eher unbeliebt.

Für den Wahlkampf um diesen Senatorenposten wird die Rekordsumme von 100 Millionen Dollar ausgegeben. Allein für die letzten Tage sind nochmal 4 Millionen eingeworben worden.

Die Wahlbeteiligung ist bei Midterms immer sehr gering und daher wahlentscheidend.

Auch die wenigen organisierten Arbeiter, wie bspw. bei General Motors, wählen republikanisch, wegen der protektionistischen Politik von Trump.

Für die meisten Menschen zähle nur eins: seit zwei Jahren haben alle wieder Arbeit.

Im Nachbarstaat Georgia gibt es auch eine spannende Wahl um den Posten des Gouverneur. Erstmals könnte eine schwarze Demokratin dieses Amt gewinnen.

#### Vanderbilt University:

Wir treffen auf etwa 40 Studentinnen und Studenten, die uns 7 MdB auf dem Podium spannende Fragen stellen. Leider ist die Stunde viel zu kurz. Die StudentInnen sind sehr gut informiert über die Verhältnisse in Deutschland und Europa und wir führen anschließend noch bilaterale Gespräche mit ihnen beim Mittagessen.

#### Nashville Public Library:

**David Ewing** schildert uns mit beeindruckenden Worten die Geschichte des Civil Rights Movement in Nashville, als 1961 schwarze Studenten sich verbotenerweise in Restaurants an die Lunch counter setzen und dafür Prügel und Haftstrafen in Kauf nahmen.

Ebenso spannend berichtet er von den Frauen die vor 100 Jahren das Wahlrecht in den USA erkämpften.

#### Songwriters Association International

Der Songwriter Bobby Tomberlin bestätigt das Klischee, indem er zu unserem Besuch eine halbe Stunde zu spät kommt. Die Lücke wird vom Geschäftsführer Bart Herbison unterhaltsam überbrückt. Sein Verband hat gerade erst die Verbesserung der Vergütung der Songwriter und Urheber durchgesetzt.

Abendessen mit Jim Henry, stellvertretender Gouverneur von Tennessee: Nach einem langen und interessanten Tischgespräch mit der Ehefrau des Gastgebers muss ich am Ende zur Kenntnis nehmen, dass sie sich einfach nicht vorstellen kann warum wir denn ihren Präsidenten nicht mögen. Für mich ist wiederum schwer zu fassen, warum eine gebildete Frau wie sie Trump allen Ernstes für einen qualifizierten Präsidenten halten kann, der nachvollziehbare Entscheidungen treffe.

Es ist die Erfahrung, die viele Amerikaner untereinander auch machen: man lebt auf unterschiedlichen Planeten mit unterschiedlichen Realitäten.

#### Pinnacle Financial:

Der nächste Tag beginnt mit einer Gesprächsrunde mit Wirtschaftsförderern in dem repräsentativen Gebäude eines Finanzdienstleisters.

Unvergessen dabei bleibt das Frühstück, dass uns dort im Konferenzraum geboten wird. Das man in den Sesseln mit Klappstisch nicht wirklich gut essen kann ist das Eine.

Das aber die Regalschränke der kleinen Einbauküche des milliarden schweren Finanzdienstleisters, in der das Frühstücksbuffet aufgebaut ist, leer sind und weder für Café, noch für Orangensaft Gläser oder Tassen vorhanden sind, das Andere.

Wir essen von Plastiktellern mit Plastikgeschirr und trinken aus Plastikbechern und Pappbechern, während auf dem Podium über Technologieförderung in milliarden schweren Umfang diskutiert wird.

Technologie und Innovation läuft in Nashville super gut – so viel habe ich von der Diskussion verstanden, während ich daran arbeitete, eine in Ahornsirup ertränkte, nicht mehr ganz frische Waffel mit einem Plastikmesser auf einem wackeligen Klappstisch in essbare Portionen zu schneiden.

Am Ende haben wir mit unserer 15-köpfigen Besuchergruppe die große Mülltüte, die neben dem Buffet hing dann auch erfolgreich gefüllt- mit Plastikgeschirr und Essensresten gleichermaßen versteht sich.

#### Jim Cooper, demokratischer Kongressabgeordneter

Cooper gibt uns eine sehr offene und ehrliche und dafür umso deprimierendere Analyse der politischen Lage im Land.

Er ist im House für Gesundheit und Verteidigung zuständig.

Krankenversicherung sei ein Loser-Thema für die Demokraten. Sogar die Aufstockung des Sozialprogramms Medicare durch förderale Mittel habe man in Tennessee abgelehnt. Es gäbe kein Verständnis von Solidarität in der Gesellschaft. Dafür aber ein umso tiefer verwurzelter Rassismus, der auch die Politik im Sozialbereich prägen würde.

Die Menschen handeln damit konstant gegen ihre Interessen. Sämtliche Lohnsteigerungen der letzten 30-40 Jahre wurden durch Gesundheitskosten aufgezehrt. Das Staatsdefizit würde nicht transparent berechnet und sei in Wirklichkeit ein Vielfaches höher als offiziell bekannt. Wenn man aber das Risiko nicht berechnet und nicht kennt könne man es auch nicht managen.

Im Verteidigungsbereich sei Minister Matthis ein Stabilitätsfaktor. Das Thema „Space-Force“ sei von Trump politisiert worden. Die Demokraten seien gegen die Kündigung von INF – auch wenn das noch außen nicht so deutlich geworden ist. Die #Metoo Debatte spiele eher den Republikanern in die Hände, weil sie Männer abschrecke.

Selbst wenn die Demokraten die Mehrheit im House gewinnen würden, könnten sie nicht alles ändern, weil sie auf überparteiliche Zusammenarbeit angewiesen sind.

#### Gespräch mit den demokr. Wahlkampfmanagern

Will Pinkston (**Phil Bredesen** Kampagne für Senat) und

Chas Uffelmann (**Karl Dean** Kampagne für Gouverneur)

Die Ausgangslage für Bredeson ist extrem schwierig. Sein Hauptvorteil ist seine hohe persönliche Bekanntheit und seine persönlichen Zustimmungswerte. Da er auf die Stimmen der eher republikanischen Wählerschaft angewiesen ist kann er nicht polarisieren und darf auch Trump nicht zu sehr kritisieren.

Seiner radikalen Gegnerin Marsha Blackburn sei es durch intensives negativ campaigning gelungen sein persönlich hohes Ansehen zu beschädigen. Dabei spielen Fakten schon lange keine Rolle mehr. Bredeson selbst bewirbt sich mit Sachlichkeit und Ehrlichkeit und muss bzw. will deshalb auf diese Mittel nicht zurückgreifen. Das wird ihm möglicherweise am Ende den Sieg kosten.

Der Wahlkampf um den Posten des Gouverneur ist mehr auf lokale Themen konzentriert als der um den Senat. Er wird auch von „local money“ finanziert und nicht von außen. Der Stil ist längst nicht so aggressiv. Trotzdem werden hier noch Mittel von 30-40 Millionen ausgegeben.

Dean verkauft sich als „moderate“ und ist ebenfalls auf Stimmensplitting angewiesen. Dass dies funktionieren kann habe sich 2002 gezeigt, als Präsident Bush 95 % Zustimmungswerte hat und Bredeson trotzdem als Demokrat zum Gouverneur gewählt wurde.

Der bisherige republikanische Gouverneur gilt als sehr moderat und auch als Vorbild für den demokratischen Kandidat. Der Gegenkandidat habe einige sehr radikale Positionen, so zB zum permanenten Tragen von Waffen – auch für Lehrer in der Schule.

Wir wünschen zum Abschied beiden viel Erfolg und werden doch irgendwie den Eindruck nicht los, dass sie auf verlorenem Posten kämpfen.

Umso spannender wird es nächste Woche die Ergebnisse aus Tennessee zu recherchieren.

Auf dem Weg zum Flughafen halten wir noch auf einem Supermarktplatz bei einem Wahlkampfstand der Demokraten an. An diesem Stand sind 99 % Afroamerikaner. Im Hintergrund findet early voting statt – die Schlange zum Wählen ist riesig und es dauert etwa 1 Stunde Wartezeit.

Während wir uns auf den Rückweg machen wird in Nashville Edmund Zagorski auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Die Angehörigen der Mordopfer sehen der Hinrichtung zu. Verurteilt war Zagorski wegen eines Doppelmordes, den er 1983 verübt hatte.

Auch die Übergabe eines non-papers an den stellvertretenden Gouverneur durch das Auswärtige Amt hat daran nichts ändern können.

#### Nachtrag zu den Wahlergebnissen:

In Georgia verliert die schwarze Kandidatin Stacey Abrams (DEM) mit 48%-51%  
In Florida verliert der schwarze Kandidat der Demokraten, Andrew Gillum die Wahl um den Governor gegen den Republikaner mit 48,9% zu 49,8% und  
Der demokratische Kandidat um den Senatsitz verliert ebenfalls 49,7% zu 50,3%  
In Tennessee verliert Phil Bredesen gegen Marsha Blackburn mit 44,2 % zu 54,4%  
Einzig Jim Cooper gewinnt in Nashville den Sitz im House für die Demokraten mit 67,8%.